

Preussische Gesetzsammlung

1930	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Januar 1930	Nr. 1
Tag	Inhalt:	Seite
28. 12. 29	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern	1
19. 12. 29	Sechste Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten, von Stadtstaaten, Pfandbriefämtern und gleichartigen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für den städtischen Grundkredit und von Landeskulturrentenbanken	1
	Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	2

(Nr. 13462.) Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern. Vom 28. Dezember 1929.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

(1) Die Wahlzeit der nach dem Gesetz über die Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 (Gesetzsamml. S. 126) in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 16. Dezember 1920 (Gesetzsamml. 1921 S. 41) gewählten Mitglieder der Landwirtschaftskammern wird um ein Jahr verlängert.

(2) § 11 Abs. 2 des Gesetzes gilt auch für die verlängerte Wahlzeit. Einer Neuwahl des Vorstandes (§ 13 des Gesetzes) für die verlängerte Wahlzeit bedarf es nicht.

Artikel 2.

(1) Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen erläßt der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

(2) Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 28. Dezember 1929.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Für den Ministerpräsidenten:

Beder.

Steiger.

(Nr. 13463.) Sechste Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten, von Stadtstaaten, Pfandbriefämtern und gleichartigen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für den städtischen Grundkredit und von Landeskulturrentenbanken. Vom 19. Dezember 1929.

Die im Artikel II der Fünften Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten, von Stadtstaaten, Pfandbriefämtern und gleichartigen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für den städtischen Grundkredit und von Landeskulturrentenbanken vom 10. Juni 1929 (Gesetzsamml. S. 76) bestimmte Frist wird hinsichtlich der Ansprüche aus Pfandbriefen und sonstigen Schuld-

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabeflags: 20. Januar 1930)
Gesetzsammlung 1930. (Nr. 13462—13463.)

verschreibungen der Westpreussischen Landschaft, der Neuen Westpreussischen Landschaft und der Deutschen Pfandbriefanstalt in Posen, Sitz Berlin, bis zum 31. Dezember 1930 verlängert.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1930 in Kraft.

Berlin, den 19. Dezember 1929.

Der Preussische Minister
für Volkswohlfahrt.

In Vertretung:
Scheidt.

Der Preussische Minister für Land-
wirtschaft, Domänen und Forsten.

Steiger.

Der Preussische Finanzminister.

In Vertretung:
Schlenker.

Der Preussische Justizminister.

Schmidt.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 19. November 1929
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gewerkschaft Nachod in Diez für eine
Transportbahn zwischen den einzelnen Betriebsstätten ihrer in Altdiez gelegenen Kalt-
steinwerke
durch das Amtsblatt der Regierung in Wiesbaden Nr. 50 S. 181, ausgegeben am 14. De-
zember 1929;
2. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 23. November 1929
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Sieglar für die Erweiterung
des Gemeindefriedhofs
durch das Amtsblatt der Regierung in Köln Nr. 50 S. 213, ausgegeben am 14. Dezember 1929;
3. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 29. November 1929
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Landgemeinde Holzweißig für die
Anlegung eines Friedhofs
durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 51 S. 217, ausgegeben am 21. De-
zember 1929.

Die amtlich genehmigte

Einbandbede zur Preussischen Gesetzsammlung Jahrgang 1929

liegt vor. Bezug durch den Buchhandel oder direkt vom Verlage.

Preis 1,50 RM zuzüglich Versandkosten.

Von den **Jahrgängen 1920—1929** hält der Verlag in die amtlich genehmigte Einbandbede **gebundene**
Stücke vorrätig. Auch sind von dem **Hauptfachverzeichnis 1914/1925** noch Bestände vorhanden,
die zu dem **ermäßigten Preise** von 2,— RM netto verkauft werden.

Bezug nur direkt vom Verlage.

Berlin W. 9
Linsstraße 35

R. von Deder's Verlag (G. Schend)
Abteilung Preussische Gesetzsammlung.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Gedruckt von der Preussischen Druckerei- und
Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin.

Verlag: R. von Deder's Verlag (G. Schend), Berlin W. 9, Linsstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die **Postanstalten** (Bezugspreis 1,05 RM vierteljährlich);
einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom **Verlage** und durch den **Buchhandel** bezogen werden.
Preis für den achtheftigen Bogen 20 Pf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. S. Preisermäßigung.